

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
165 · Ausgabe AG · September 2016



AN DIE URNE!

Jeder Urnengang ist wichtig – doch für die Wahlen vom 23. Oktober 2016 gilt dies mehr denn je. Der Aargau steht mitten in herausfordernden Zeiten und teilweise in Schwierigkeiten, die sich die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament selber eingebrockt hat. Aus guten Gründen hat die Stimmbvölkerung 2015 ein Zeichen gesetzt und dem geplanten Kahlschlag eine Abfuhr erteilt. Daran gilt es nun anzuknüpfen, wenn Parlament und Regierung neu bestellt werden. Die SP steigt in allen Bezirken mit überzeugenden Listen ins Rennen. Diese Kandidatinnen und Kandidaten verdienen unser Vertrauen und unsere Unterstützung! Ziel ist es, im Grossen Rat zuzulegen, damit Fehlentscheide künftig früher verhindert und im Parlament wieder konstruktive Lösungen erarbeitet werden können.

Es geht um viel. Auch bei den Regierungsratswahlen, wo es gilt, mit voller Kraft den zweiten linken Sitz zu verteidigen. Der Entscheid der SP, nebst unserem bewährten Regierungsrat Urs Hofmann mit Yvonne Feri eine zweite starke Kandidatur zu präsentieren, ist absolut richtig. Gefordert sind wir alle. Motivieren wir möglichst viele, an der Wahl teilzunehmen und die Weichen für einen sozialen und ökologischen Aargau zu stellen.



Pascale Bruderer
von Nussbaumen
ist Aargauer
SP-Ständerätin.

Urs Hofmann
von Aarau ist
SP-Regierungsrat. Er stellt sich
im Herbst wieder zur Wahl.



Der Aargau ist ein traditioneller Industriekanton. Gewerbe und Industrie haben in unserem Kanton für die Arbeitsplätze eine grössere Bedeutung als in den meisten anderen Kantonen. Und das ist gut so.

Doch wir wissen es alle: Die Industrie steht unter Druck, und sie steht vor einem grossen Wandel. Wollen wir den Werkplatz Aargau mit seinen Arbeitsplätzen erhalten, dann braucht es zweierlei: Innovationen und soziale Verantwortung.

Gerade in Zeiten des Wandels und in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld sind Unternehmen dann erfolgreich, wenn sie auf Innovationen setzen. Oft waren bereits die Firmengrün-

der Tüftler und Erfinder. Einige haben sich als Nischenunternehmen etabliert. Häufig beliefern sie als Zulieferer international tätige Firmen. Die sogenannten «Swiss Champions» haben der Eurokrise und der Frankenstärke getrotzt, indem sie sich konsequent auf ihre Stärken konzentriert und die Produktionsabläufe optimiert haben.

Das alleine reicht jedoch nicht. Wie eine Krise überwunden wird, hängt vor allem von der Unternehmenskultur ab. Entscheidend ist das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Gerade wenn es konjunkturell talwärts geht, braucht es Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden statt einer Hire-and-Fire-Kultur. Dies gilt im Speziellen in Zeiten eines tiefgreifenden technologischen Wandels. Soziale Verantwortung heisst hier, seine Mitarbeitenden permanent fit zu halten für Veränderungen. Und wenn Veränderungen anstehen,

müssen die Mitarbeitenden mitgenommen werden.

Als Kanton unterstützen wir Innovationen. Hightech Aargau und der Park innovAARE beim Paul Scherrer Institut sind dafür wichtige Instrumente. Wichtig ist aber auch, dass wir all jene nicht vergessen, die Mühe haben, den Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Neue Modelle der Zusammenarbeit mit unseren Aargauer Unternehmen werden in Zukunft wichtiger sein denn je. Nur so können wir Arbeitslosigkeit auf Dauer vermeiden.

Das Schweizer Volk hat das bedingungslose Grundeinkommen klar verworfen. Weil es davon ausgeht, dass man in unserem Land mit Arbeit seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Also ist es unsere Verpflichtung, die Voraussetzungen zu schaffen, dass dies auch in Zukunft (wieder) möglich ist. Innovationen und soziale Verantwortung gehören zusammen. Und Innovationen braucht es auch auf dem Arbeitsmarkt.

Innovation und soziale Verantwortung gehören zusammen

Yvonne Feri: Bereit für das Regierungsamt



Sie war 10 Jahre lang Grossrätin und wird im Dezember, wenn sie das Amt zur Verfügung stellt, 11 Jahre Gemeinderätin in Wettingen gewesen sein. Nationalrätin ist sie seit 2011. Die heute fünfzigjährige Yvonne Feri hat vor allem im sozialen, im Bildungs-, Finanz- und Verbandsbereich berufliche und Führungserfahrungen gesammelt. Ihre beiden Töchter, die sie nach ihrer frühen Scheidung allein erzogen hat, sind heute erwachsen und berufstätig, die ältere amtet zudem als SP-Einwohnerin. Nun stellt sich Yvonne Feri nach dem überraschenden und kurzfristigen Rückzug aus der Politik von Regierungsrätin Susanne Hochuli als SP-Regierungskandidatin zur Verfügung. Vorstellen konnte sie sich dieses Amt schon länger.

links.ag: Die Anmeldefrist der SP für die Regierungskandidatur war mit knapp zwei Wochen sehr kurz. Wie konntest Du Dich so schnell entscheiden?

Yvonne Feri: Im Nationalrat stehe ich nun in der zweiten Amtsdauer. Ich habe mich ab und zu gefragt: Was kommt danach, wenn meine Zeit im Parlament vorbei sein wird? Soll ich mich beruflich neu orientieren? Wie und wo kann ich meine beruflichen und politischen Erfahrungen nach der Zeit in Bern einbringen? Im Gemeinderat Wettingen stehe ich dem Ressort Soziales und Familie vor. Dieses Exekutivamt macht mir Freude, es ist spannend und anforderungsreich, und ich habe hier vielfältige Erfahrungen gesammelt und mich auch über den Kanton Aargau hinaus vernetzt. Ich konnte mir in Gedanken also auch ein Regierungsamt vorstellen, planbar ist das aber nicht. Nach der Rücktrittserklärung von Susanne Hochuli habe ich mir eine Regierungskandidatur gut überlegt. Exekutivarbeit ist herausfordernd, vor allem in der heutigen Zeit. Ich traue sie mir zu. Meine Kompetenzen möchte ich nun in den Regierungsrat einbringen und mein bestes geben. Werde ich gewählt, trete ich aus dem Nationalrat zurück.

Eine weitere Überlegung war auch, dass die Aargauer Bevölkerung in einer Regierung ohne Frau und mit nur einem Mitglied aus dem linken Spektrum keinesfalls richtig vertreten wäre.

Im Nationalratsranking wurdest Du kürzlich als die linkste Parlamentarierin beurteilt.

Nach der ersten Legislatur war ich die Grünste aus dem Aargau. Ich habe kein eigenes Auto, fahre mit ÖV und Mobility. Wegen internationalen Ämtern muss ich allerdings manchmal fliegen. Wir müssen mit den bestehenden Ressourcen auch im Autoverkehr auskommen, deshalb bin ich gegen einen Ausbau der A1 auf sechs Spuren. Ich selber versuche, mich möglichst ökologisch zu verhalten. Der Schutz unserer Umwelt ist mir sehr wichtig. Das Ranking hängt übrigens sehr von der Art der in der betreffenden Session behandelten Geschäfte und von

der Präsenz der Beurteilten ab. Ich habe eine hohe Präsenz. In Bern stehe ich politisch in der Mitte der SP-Fraktion. In einem Parlament, gerade in den Plenarsitzungen, verhält man sich anders als in einem Exekutivgremium, in dem man mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Parteien mehrheitsfähige Lösungen finden muss und nicht nach Parteibuch handeln kann. Aber ich kann Themen setzen, so habe ich in Wettingen Alkoholestkäufe eingeführt, was ein SVPLer wohl nicht getan hätte. Ein Regierungsgremium sollte mit unterschiedlichen Menschen besetzt sein, damit es inhaltliche Auseinandersetzungen gibt. Falls ich in die Aargauer Regierung gewählt werde, bleiben die politischen Verhältnisse gleich wie bisher. Ich würde mich glücklich schätzen, diese Herausforderung annehmen zu dürfen.

Welche berufliche Ausbildung bringst Du mit?

Nach der Bezirksschule hätte ich gerne die Mittelschule besucht oder eine Drogistinnenlehre gemacht. Meine Mutter fand aber eine kaufmännische Lehre besser, auch aus finanziellen Gründen. So machte ich eine KV-Lehre beim Bauernverband in Brugg, übrigens ein sehr guter Lehrbetrieb damals. Danach arbeitete ich in einem Treuhandbüro in Wettingen und konnte mich da im Finanzbereich weiterbilden. Das kam mir dann in der Politik zugute. Als Geschäftsführerin im Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband erwarb ich mir Kenntnisse im Bildungsbereich. Und auch in den verschiedenen politischen und gemeinnützigen Engagements konnte ich viel lernen. Ich bringe einen Rucksack voller Kompetenzen mit.

Woher kommst Du? Wie lebst Du?

Ich komme aus einem einfachen Elternhaus in Brugg. Der Ehemann meiner Mutter war nicht mein leiblicher Vater, den ich leider nicht kannte; ich wurde unehelich geboren. Die Verhältnisse waren knapp, meine Mutter betreute Pflegekinder. Meine Kindheit in den sechziger und siebziger Jahren war bewegend und belastend, so ertrank meine ältere Schwester mit sechs Jahren in der Aare. Ich konnte auch nie verstehen, warum Mädchen nicht das gleiche wie Buben tun oder lernen sollten, wie es mein älterer Bruder durfte. Instrumentalunterricht lag auch nicht drin. Nach dem KV wurde mir empfohlen, die HWV zu absolvieren. Darauf habe ich mangels Unterstützung verzichten müssen. Interessiert an vielem, habe ich mir neben der Arbeit verschiedene kürzere Weiterbildungen geleistet. Meine frühe Ehe, in der meine beiden Töchter geboren wurden, hielt nicht lange. Nach der Scheidung musste ich allein und mit Hilfe der Alimentenbevorschussung klar kommen. Interessant war, dass ich als Alleinerziehende eigentlich nur ebenfalls nicht konventionelle Familien und Personen als Bekannte hatte, «normale» Familien mieden uns. Beruf und Familie zu verbinden, war schwierig, und auch die Schulen nahmen damals kaum Rücksicht auf Alleinerziehende. So kann ich heute als Sozialvorsteherin viele der Geschichten, die ich auf der Gemeinde erfahre, nachempfinden. Das alles hat mich gestärkt und mir die Kraft für meinen heutigen politischen Weg gegeben. Und es war für mich immer klar, dass ich mich für Schwächere und für Gerechtigkeit einsetzen will. Heute, nachdem meine Töchter ihre Pubertät hinter sich haben und gefreute

junge Berufsfrauen sind, haben wir ein sehr gutes Verhältnis zueinander, und ich bin stolz auf sie. Celina bildet sich gerade zur Human-Resources-Fachfrau weiter, Larissa ist Fachfrau Betreuung. Ich lebe alleine, habe einen feinen Freundeskreis, stehe jeden Tag sehr früh auf und brauche viel Bewegung, die ich beim Sport bekomme.

Im Aargau wird immer weniger gestaltet und immer mehr abgebaut. Wie willst Du mit der Abbaupolitik umgehen?

In Wettingen haben wir diesen Prozess ebenfalls durchgemacht. Mit einer Effizienzsteigerung kann einiges erreicht werden. Es kann aber nie so viel «gespart» werden, dass ein angehäuftes Defizit völlig getilgt wird, zudem kann Sparen sehr teuer werden. Die Folgekosten abgebauter Bildung, Sicherheit oder Gesundheitsversorgung sind hoch. Als Exekutive muss man bereit sein, über die eigene Amtszeit hinaus zu denken und entsprechend nachhaltige Lösungen zu suchen. Vor allem aber müssen die Einnahmen erhöht werden. Dies kann mit steuerlichen Massnahmen, aber auch mit einer Standortentwicklung – bei Wirtschaft, Hightech, Arbeitsplätzen, Bildung, Raumplanung – erreicht werden, hier denke ich wie unser Regierungsrat Urs Hofmann. Für den Aargau stellen sich Fragen wie die nach der Zukunft im Gesundheitswesen. Wir müssen die Ansprüche der Bevölkerung zur Diskussion stellen und dürfen uns dann nicht scheuen, konsequent zu entscheiden und zu handeln.

Sollen mehr Flüchtlinge in die Schweiz kommen?

Die vielen Kriegsflüchtlinge haben erste Priorität. Wir müssen, wie dies der Bundesrat tut, die Schengen-Verträge einhalten. «Alle» aufnehmen können wir nicht, das verlangt aber auch niemand. Die Flüchtlinge haben Schutz, Betreuung und eine menschenwürdige Unterbringung verdient. Die Handlungsweise des Grenzschutzes in Como und in Chiasso ist äusserst problematisch. Grenzbeamte haben nicht die Kompetenz, Asylsuchende zurückzuweisen. Die Verfahren sind schnell durchzuführen, das Testzentrum Juch in Zürich, wo der Bund seit fünf Monaten das beschleunigte Verfahren erprobt, leistet hier Beeindruckendes. Was aber passiert mit den Menschen, die aufgenommen oder nicht zurückgeschickt werden können? Nach rund zehn Jahren sind nur knapp 50 Prozent im Arbeitsmarkt. Wir müssen die Menschen ausbilden für den Arbeitsmarkt. Es braucht also einfachere Zugänge zur Berufstätigkeit, weniger Bürokratie, Anreize für Arbeitgeber. Dies kommt auch der MEI (Zuwanderungsinitiative) entgegen. Und wenn wir unseren Anteil leisten, müssen wir auch unsere Bedingungen stellen. Wir können von diesen Menschen viel profitieren und lernen, aber klar müssen wir auch unsere Traditionen verteidigen.



Die Aargauer Bevölkerung wäre in einer Regierung ohne Frau und mit nur einem Mitglied aus dem linken Spektrum keinesfalls richtig vertreten.



Bild: Johannes Rüesch

Yvonne Feri aus Wettingen ist SP-Nationalrätin und bis Dezember 2016 Gemeinderätin. Sie kandidiert im Oktober für den Regierungsrat.

Wie weiter nach den Sektionsbesuchen

DIE MEISTEN DER RUND 70 SEKTIONEN HABEN WIR BESUCHT. WIR SIND QUER DURCH DEN GANZEN KANTON GEFAHREN UND WURDEN HILFE

Wir haben die unterschiedlichsten Sektionen angetroffen: kleinere oder grössere und gut funktionierende oder kriselnde, Sektionen auf dem Land oder in städtischen Strukturen. Ein Fazit konnten wir schon bald ziehen: Den meisten Vorständen ist es ein Anliegen, im Sinne der Sozialdemokratie das Leben in der Gemeinde mitzugestalten. Sie sind motiviert, am politischen Leben teilzunehmen, und finden es wichtig, dass es eine SP im Ort gibt. Die zwei grössten Herausforderungen und Fragen überraschen nicht:

1. Wie kommen wir zu Ideen, um aktive und erfolgreiche Gemeindepolitik machen zu können?
2. Woher nehmen wir das Personal? Wie gehen wir die Nachwuchsproblematik an?

Die Geschäftsleitung hat sich an ihrer Retraite mit dem Ergebnis der Sektionsbesuche beschäftigt, erste



Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau. Sie kandidiert im Herbst wieder für den Grossen Rat.

Entscheidung gefällt und die Priorisierung festgelegt.

Die Strukturen werden nicht verändert

So vielfältig der Kanton Aargau ist, so vielfältig sind unsere Sektionen. Und das ist auch gut so. Eine grosse Herausforderung ist es aber, Lösungen für die kriselnden Sektionen zu finden. Da sind wir dran und unterstützen, so gut wir können. Der Erhalt einer Sektion hat für uns Priorität, weil damit gewährleistet ist, dass die SP einen festen Platz in der Gemeinde hat. Ist das nicht mehr möglich, arbeiten wir gemeinsam – Sektion und Kantonalpartei – an einer neuen Lösung. Die Nachwuchsproblematik beschäftigt die meisten Sektionen; es gibt leider kein Patentrezept. Unsere Stärke liegt im Initiieren von Kampagnen. Wenn wir es schaffen, auch in den Gemeinden die politische The-

menführung zu übernehmen, können wir Neumitglieder gewinnen.

Vielen Bezirksparteien geht es nicht gut

Handlungsbedarf sehen wir auf Bezirksebene, die gut funktionierenden Bezirke selbstverständlich ausgenommen. Mit konkreten nächsten Schritten setzen wir uns aber erst auseinander, wenn im Dezember an der Delegiertenversammlung der SP Schweiz entschieden ist, wie es mit dem grossen Strukturprojekt «Zukunft SPS» weitergehen soll. Mögli-

Mit einer Sektion hat die SP einen festen Platz in der Gemeinde.

Wohnbaupolitik im Aargau: die Aarauer Initiative «Raum für alle»

DER BAUBOOM IM AARGAU IST UNGEBROCHEN. ABER ANSTATT DASS BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE GESCHAFFEN WIRD, WERDEN OBERHAUPT KEINE NEUEN WOHNUNGEN BUILT. SICH KAUM MEHR JEMAND LEISTEN KANN. DIE HOHEN MIETEN BELASTEN DAS HAUSHALTSBUDGET IMMER STÄRKER. GERADE IM RAUM AARGAU, ABER AUCH JUNGE ERWACHSENE UND SENIOR_INNEN, KAUM MEHR EINE BEZAHLBARE WOHNUNG. START-UP-UNTERNEHMEN KÖNNEN KEINEN MARKT ANGEBOten WERDEN, GAR NICHT BEZAHLEN. DIE SP AARAU HAT SICH NUN DIESES PROBLEMS ANGENOMMEN UND KÜRZLICH DIE I

Worum geht es bei der Aarauer Initiative?

Aarau hat vor allem in den zwanziger und in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts – oft auf Druck der Sozialdemokraten – aktive Wohnbaupolitik betrieben, indem die Stadt selber gebaut und Genossenschaften gefördert hat. Die neue Initiative der SP Aarau fordert, dass die Stadt dieses Engagement wieder aufnimmt und so mithilft, die Mietpreissteigerungen zu dämpfen. Schliesslich sollen sich auch in Zukunft alle Bevölkerungsgruppen leisten können, in der Stadt zu wohnen. Konkret soll die Stadt gemeinnützigen Wohnbauträgern zu günstigen Konditionen Land im Baurecht abgeben. Zudem soll sie selber investieren. Wohnungen, die von Genossenschaften oder der öffentlichen Hand nach dem Prinzip der Kosten-



Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aarau und Einwohnerrätin. Sie kandidiert im Herbst für den Grossen Rat.

miete* vermietet werden, sind etwa 15 bis 20 Prozent günstiger als durchschnittliche Mietwohnungen.

Gemeinnütziger Wohnungsbau: sozial, wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll

Für Gemeinden hat die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus mehrere Vorteile. Wenn eine Gemeinde selber investiert, kann sie die Siedlungsentwicklung gezielt steuern und für eine gute soziale Durchmischung sorgen. Auch die Abgabe von Land im Baurecht lohnt sich: Die stetigen, kalkulierbaren Einnahmen sind über die Jahre hinweg deutlich höher, als es der Erlös aus einem Landverkauf wäre. Zudem nimmt das Land an Wert zu. Da gemeinnützige Wohnbauträger in der Regel alle Mittel wieder investie-

ren, werden die betreffenden Überbauungen nachhaltig gepflegt.

Initiative als Motor für die nächsten Wahlen

Mit der Initiative löst die SP Aarau ihr Wahlversprechen «Raum für alle» der letzten Einwohnerratswahlen ein. Die Stadt soll für alle Bevölkerungsschichten attraktiv und lebenswert bleiben. Die Unterschriftensammlung ist gut angelaufen, die Initiative stösst überparteilich und bei allen Generationen auf breite Zustimmung. In drei Monaten sind bereits zwei Drittel der benötigten Unterschriften zusammen gekommen. Die SP Aarau hofft auf eine Volksabstimmung in einem Jahr, die der Partei mit Bestimmtheit Schwung für die anstehenden kommunalen Wahlen verleihen kann.

chen?

HERZLICH EMPFANGEN. DANKE!

cherweise hat dieses auch Folgen für die kantonalen Strukturen.

Wir investieren in die Bildungsarbeit

Der Erfolg der zwei Mal jährlich stattfindenden kommunalpolitischen Tagung zeigt uns, dass sich die Investition in Bildungsarbeit lohnt. Auch die Bildungsmodule für Kandidierende der nationalen und dieses Jahr der kantonalen Wahlen wurden rege besucht. Sich weiterzubilden (wie setze ich welches Thema um) und der gegenseitige Austausch sind ein nachvollziehbares Bedürfnis. Bildungsarbeit bleibt für uns also ein Schwerpunkt – fokussiert auch auf unsere Mitglieder und Sektionen –, den wir ausbauen möchten. Als nächstes werden wir die kommunalen Wahlen 2017 ins Zentrum stellen. Die Tagung vom 29. Oktober ist die Startveranstaltung. Ziel ist es, dass die Bildungsangebote unsere Sektionen stärken.

le»

FT TEURE WOHNUNGEN GEBAUT, DIE
RAU UND BADEN FINDEN VIELE FAMI-
N DIE GEWERBERÄUME, DIE AUF DEM
INITIATIVE «RAUM FÜR ALLE» LANCIERT.

Wohnungen von
Genossenschaften
oder der öffent-
lichen Hand sind
etwa 15 bis 20 Pro-
zent günstiger als
durchschnittliche
Mietwohnungen.

* Bei der Kostenmiete zahlen die Mieterinnen und Mieter nur so viel, wie die Bereitstellung der Liegenschaft tatsächlich kostet. Auch bei der Kostenmiete darf das investierte Kapital aber angemessen verzinst werden (Referenzzinssatz + 0.5 %).

Für alle statt für wenige – auch 2016

IN LINKS.AG NUMMER 159 VOM DEZEMBER 2015 WURDE ICH DURCH EINEN BRIEF VON UNSEREM FRAKTIONSCOPRÄSIDENTEN DIETER EGLI UND EINEM KOMMENTAR UNSERER LINKS.AG-REDAKTORIN KATHARINA KERR ÜBERRASCHT. WÄHREND FAST EINEM JAHRZEHNT HABE ICH ALS PARTEIPRÄSIDENT RECHENSCHAFT ABGELEGT ÜBER MEIN HANDELN – GEGENÜBER EUCH, LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, UND AUCH GEGENÜBER DER ÖFFENTLICHKEIT. WAS LIEGT DA NÄHER, ALS EINE LIEBGEWONNENE TRADITION NACH EINER PAUSE ERNEUT AUFLEBEN ZU LASSEN?

Marco Hardmeier von Aarau ist 2016 Präsident des Aargauer Grossen Rates. Er kandidiert im Herbst wieder für den Grossen Rat.



Ja, lieber Dieter, Effizienz ist mir nach wie vor nicht fremd, zumindest hat der Grosse Rat bei der Bearbeitung der Traktandenliste häufig Punktlandungen geschafft. Ob ich ihn wie von Dir gewünscht im Griff habe, darf offen bleiben. Aber ich ver helfe gern den Spielregeln und einem geordneten Ablauf zum Durchbruch – ohne dabei dauernd auf meine Beliebtheitsskala zu schießen. Offenbar habe ich mich nicht gross verändert. Auch politisch nicht, wenn ich meinem Grossratswahl-Smartspider vertrauen darf. Du, Dieter, schriebst damals, dass «die bürgerliche Mehrheit alles daran setzt, ihren neoliberalen Traum von einem Discount-Staat durchzusetzen, bei dem der Profit alles und der Mensch nichts zählt.» Mit einer Politik der kleinen Schritte geht es auch anders. Zwei meiner bislang vier Stichentscheide, diejenigen zur Kinderbetreuung, wurden im Juni durch das Volk bestätigt. Das hilft, den Vorwurf zu entkräften, wir würden weltfremde Politik betreiben, wüssten nicht, was «das Volk» will, hätten unsere Ziele aus den Augen verloren. Stimmt alles nicht, das Gegenteil trifft zu.

Katharinas Schlüsselsatz in der erwähnten Nummer lautete: «Wichtig sind Hardmeier die

Arbeit Leistenden im und beim Kanton, Familie, Parteien und Freund_innen.» Das stimmt. Nicht bloss die Besuche bei KMU, sondern auch als Novum meine vielen Besuche in der kantonalen Verwaltung, fernab vom Protokoll und medialer Show-Begleitung, sind die Momente, in denen ich neben den erwähnten Stichentscheiden wirklich etwas bewegen kann. Und zum Ausdruck bringen darf, dass es doch noch andere Menschen im Kanton gibt als die, die ununterbrochen das reine Sparmantra wiederholen. Solche, die Danke sagen, wenn die Menschen in der «schlanksten» Staatsverwaltung im Land Tag für Tag einen guten Job machen, im Interesse und für die ganze Bevölkerung.

Ich erlebe aktuell ein sehr positiv-spezieselles Jahr, in einer politisch ganz anderen Rolle, als ich sie bisher kannte. Es ist anderes von mir gefordert als damals als SP-Präsident, der ich dank Eurer Unterstützung, liebe Genoss_innen, während rund einem Jahrzehnt sein durfte. Bis zur Jahresmitte lernte ich an über hundert Veranstaltungen viele Menschen kennen, verteilt über den ganzen Kanton und auch (weit) ausserhalb. Darunter waren Dutzende grossartiger Highlights. Ich kann bestätigen: Unser Kanton lebt, und er ist wirklich vielfältig und bunt. Halt eben genau so wie die Menschen selbst, die hier leben und gestaltend auf ihn einwirken.

Dieses Jahr gilt für mich also ganz besonders: Ja, ich bin für alle statt für wenige da. Dass ich dies gemeinsam mit Euch allen auch in diesem Herbst tun darf, gibt Energie und freut mich sehr. Danke – und bis demnächst!

WOHNBAU: WAS MACHT DIE SP AARGAU?

In der SP Aargau besteht seit knapp einem Jahr eine Arbeitsgruppe Wohnbau, die sich zum fachlichen und politischen Austausch trifft. Für Sektionen, die einen Vorstoss zur Wohnbaupolitik in ihrer Gemeinde lancieren möchten, hat die AG verschiedene Hilfestellungen erarbeitet. Zur Verfügung stehen unter anderem eine Toolbox mit Mustervorstössen sowie eine Adressliste mit Kontaktdaten von Fachpersonen. Interessierte Sektionen sind herzlich eingeladen, sich bei der AG zu melden. Auch Mitarbeitende in der Arbeitsgruppe sind herzlich willkommen!

Nächste Sitzung der AG Wohnbau: Montag, 31. Oktober 2016, 19 Uhr, im Volkshaus Aarau.
Kontakt: Gabriela Suter: post@gabrielasuter.ch

KOMMENTAR



Lügen, um abzubauen zu können



Nun bestätigen es auch Finanzfachleute: Der Haushalt des Kantons Aargau ist unterdurchschnittlich gross. Der Quotient des Aufwands pro Kopf liegt im Vergleich mit allen Kantonen lediglich bei 69 Prozent.

Hier mantramässig von einem Ausgabenproblem zu reden, ist zynisch und zeugt von wenig Sachverstand.

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen jährlich. Die Veränderung von 2014 bis 2019 liegt bei 21,5 Prozent. Diesem Wachstum steht man eher hilflos gegenüber. Um den Staatshaushalt weiter ruinieren zu können, müssen andere Bereiche bluten. Der Aufwand für die Bildung wird daher immer als massiv wachsend dargestellt, auch wenn mit Fakten und Zahlen ausgewiesen werden kann, dass dies in keiner Art und Weise stimmt. Für den Aufgabenbereich Volksschule wird 2019 absolut 6,6 Millionen Franken weniger budgetiert als noch 2014. Dabei muss man wissen, dass in dieser Zeit die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 10 Prozent steigt, ebenso wird das Bruttoinlandprodukt BIP in diesem Zeitraum wachsen. Der Bildungsabbau in dieser Grösse wird nachhaltig spürbar und schädlich sein und den Wohlstand unseres Kantons gefährden.

Die Streichung von Lektionen bedeutet weniger Bildungszeit. Grössere Klassen bedeuten weniger Betreuung und Unterstützung. Zudem verschärfen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die fehlende Lohnentwicklung bei den Lehrpersonen den Mangel an qualifiziertem Personal unverantwortlich.

Bildungsabbau – oder wie man aus vollen Äpfeln leere Birnen macht!

Kathrin Scholl von Lenzburg ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin der SP-Fraktion. Sie kandidiert wieder für den Grossen Rat.

Staatsbudget 2017: Wir lassen uns nicht über den Tisch ziehen

DER REGIERUNGSRAT PRÄSENTIERT IM BUDGET 2017 WENIG NEUES: ES WIRD EINMAL MEHR ABGEBAUT, UND EINMAL MEHR BEI DER SCHULE. POSITIV IST, DASS DIE REGIERUNG ZUM ERSTEN MAL ÜBER EINNAHMEN NACHDENKT – DIE ANGEDACHTE STEUERFUSSERHÖHUNG IST ABER WIEDERUM UNGERECHT.



Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau. Er kandidiert wieder für den Grossen Rat.

Das Budget 2017 für den Aargau zeigt deutlich: Der Staat hat kein Geld mehr, um wichtige Leistungen zu finanzieren. Jetzt predigen die Bürgerlichen wieder «Sparmassnahmen». Wobei «sparen» das falsche Wort ist. Das würde heissen, Geld auf die Seite zu legen. Geld ist aber keines mehr da. Wer jetzt spart, baut ab. Das tut unser Kanton schon im dritten Jahr: Dran glauben müssen Schulstunden, Polizeipräsenz, die Überwachung von Asylunterkünften, Wirtschafts- und Energieförderungsprogramme, das ÖV-Angebot, Umwelthanliegen und die Kultur.

Schuld an der Misere sind die Steuersenkungsrunden von 2006 und 2012 für die Wirtschaft und für Gutverdienende. Ohne diese Steuersenkungen würde der Aargau heute jährlich rund 300 Millionen Franken mehr einnehmen – in etwa so viel, wie er jetzt «einsparen» muss. Eine positive Nachricht gibt es trotzdem: Die Regierung denkt erstmals nicht nur über Leistungsabbau, sondern auch über die Einnahmenseite nach.

Unter anderem will sie den Steuerfuss um einen Prozentpunkt erhöhen. Das Ansinnen des Regierungsrats ist verständlich, aber nicht konsequent. Denn bei den Steuersenkungsrunden der Nullerjahre schwächte man die Progression ab: Die Tarife für die oberen Einkommen sanken deutlich stärker als für die unteren. Oder einfacher: Reiche profitierten mehr als Arme. Die Finanzmisere will man nun unter anderem mit der Erhöhung des Steuerfusses korrigie-

ren. Dabei geht es aber nicht mehr um individuelle Steuertarife. Die Steuern würden für alle Aargauerinnen und Aargauer gleich steigen, eben um einen Prozentpunkt. Wir alle sollen jetzt also die Steuersenkungen für ganz wenige bezahlen... Das ist eine zynische Haltung, die wir nicht unterstützen!

Wir lassen uns nicht über den Tisch ziehen. Wir fordern den Regierungsrat auf, die ungerechten Steuersenkungen von 2016 und 2012 zurückzunehmen – im Wissen, dass sich eine entsprechende Gesetzesänderung nicht von heute auf morgen machen lässt. Einer Steuerfusserhöhung als Übergangslösung könnten wir allenfalls zustimmen, wenn die Regierung zumindest signalisieren würde, unsere Forderung aufzunehmen.

Wir sind gespannt, wie sich die Mitte-Parteien in der Budgetdebatte zu einer Steuererhöhung äussern – die von Rechts abgelehnt wird. Unser Dilemma: Die Bürgerliche Mehrheit wird einmal mehr auf ein ausgeglichenes Budget drängen. Wird eine Steuerfusserhöhung mit Mehreinnahmen von rund 19 Millionen Franken abgelehnt, werden für diesen Betrag irgendwo Leistungen abgebaut...

Nur, wenn wir bei den Wahlen unsere Position im Parlament stärken, müssen wir solche Diskussionen in Zukunft nicht mehr führen!



Wir alle sollen jetzt also die Steuersenkungen für ganz wenige bezahlen.

Steuern senken schadet der Wirtschaft

VON BÜRGERLICHEN WIRTSCHAFTSPOLITIKER_INNEN HÖRT MAN OFT, SIE WÜSSTEN NOCH, DASS DAS GELD ZUERST VERDIENT WERDEN MÜSSE. SIE MEINEN DAMIT, DASS UNSERE GESELLSCHAFT ABHÄNGIG SEI VON EINER PROSPERIERENDEN WIRTSCHAFT, DAMIT WIR UNS SCHULEN ODER DEN SOZIALSTAAT LEISTEN KÖNNEN. SPÄTESTENS SEIT DER FINANZKRISE ZEIGT SICH: ES IST GENAU UMGEKEHRT.

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Aargau.



Eine stabile Wirtschaftsentwicklung mit guten Arbeitsplätzen ist die Folge einer langfristigen Investitionspolitik in die gesellschaftliche Infrastruktur. Hier spielt der Staat eine zentrale Rolle. Diesem Staat aber gelten auch die neusten Angriffe der bürgerlichen Parteien in Bern und Aarau. So sollen die multinationalen Konzerne mit der Unternehmenssteuerreform III so entlastet werden, dass Bund und Kantone 2,5 Milliarden entgehen könnten. Dies in einer Situation, in der die Gewinne der grossen Unternehmen nach wie vor explodieren, während die öffentliche Hand Defizite schreibt.

Tiefe Steuern ökonomisch nicht gerechtfertigt

Steuern senken ist wirtschaftspolitisch falsch. Helmut Schmidt hat einmal gesagt, die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und damit die Arbeitsplätze von übermorgen. Auf diese Logik berufen sich die Bürgerlichen bei ihren Steuergeschenken regelmässig. Was aber für die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts galt, stimmt heute nicht mehr. Die tiefen Steuern sind zu einem wirtschaftspolitischen Problem geworden. Erstens sorgen sie für Defizite in den Kantonen. Diese schnüren dann Abbaupakete wie der Aargau und schwächen damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Zweitens explodieren seit Jahren die Gewinne im Unternehmenssektor – dessen Gesamtgewinne haben sich seit 2002 mehr als verdoppelt.



Wo investieren?

Unternehmen mit zu viel Gewinn erfüllen aber einen zentralen volkswirtschaftlichen Auftrag nicht mehr: Geld aufnehmen für Investitionen, anders formuliert: Schulden machen. Das klingt vielleicht paradox, aber der Kapitalismus beruht darauf, dass einer Schulden machen muss. Geschieht das nicht, kann auf der anderen Seite der Bilanz kein Vermögen entstehen. Können die Unternehmen ihre Investitionen aus dem eigenen Sack finanzieren und nehmen kein Kapital mehr auf, hat das zum Beispiel zur Folge, dass die Pensionskassen keine rentablen Anlagen mehr finden. Das sehen wir mit den sinkenden Umwandlungssätzen. Drittens sind übermässige Gewinne der Grund für Finanzkrisen: Weil sich das viele Kapital nicht mehr gewinnbringend in der Realwirtschaft anlegen lässt, weicht man auf spekulative Geschäfte in der Finanzbranche aus.

SP für starke öffentliche Hand und Privatwirtschaft

Zu tiefe Unternehmenssteuern wie in der Schweiz sind also nicht nur fiskalpolitisch falsch, sondern wirtschaftspolitisch gefährlich. Die SP Aargau setzt deshalb auf eine starke öffentliche Hand, die bewusste Impulse für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gibt. Der Aargau hat eine lange industrielle Tradition. Wollen wir, dass sich die aktuellen Herausforderungen vom starken Franken bis zur Digitalisierung als Chance für alle erweisen, geht das nicht anders als mit einem starken Wirtschaftsstaat. Niemand sonst kann die nötigen Anpassungen in Bildung, Arbeitswelt und Industrie leisten. Auch deshalb gilt: Starker Wirtschaftsstandort, sichere Arbeitsplätze – Nur mit uns!

KOMMENTAR



Bezahlbare Krankenkassen gibt es nur mit uns!



Am 21. April 2016 reichte die SP Aargau ihre Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle» mit über 3200 Unterschriften ein. Wie der Titel der Initiative lautet auch einer der fünf Wahlkampflogos für die Grossratswahlen. Nicht ohne Grund, das Thema ist ein Dauerbrenner. Jahr für Jahr steigen die Krankenkassenprämien, viel schneller als die Löhne oder die Prämienverbilligungen. Das ist ein Problem für viele Haushalte und Familien. Als Unterstützungsmassnahme sollte in diesen Fällen die Prämienverbilligung von Kanton und Bund aushelfen. Leider sieht die Realität anders aus. Die bürgerliche Abbaupolitik im Grossen Rat hat in den letzten Jahren auch bei den Prämienverbilligungen gewirkt:

Der Einkommenssatz wurde in den letzten 10 Jahren von 9 auf 11,5 Prozent erhöht und die Richtprämie blieb ohne Anpassung an die effektive Prämienentwicklung. Heute erhält nur Prämienverbilligungen, wer mindestens 11,5 Prozent vom massgebenden Einkommen für die Krankenkassenprämien ausgibt, und die für die Berechnung benutzte Richtprämie liegt weit unter den aktuellen tatsächlichen Prämien. Diese Entwicklung ist gefährlich und für Familien belastend. Die einzige Antwort dazu ist unsere Initiative: Sie sorgt dafür, dass wer mehr als 10 Prozent von seinem Haushaltseinkommen für Krankenkassenprämien ausgibt, Verbilligungen erhält und dass als Berechnungsgrundlage mindestens 85 Prozent der Durchschnittsprämien dient.

Sascha Antenen von Zofingen ist SP-Einwohnerat und politischer Sekretär der SP Aargau. Er kandidiert im Herbst für den Grossen Rat.

REGIERUNGSRATSWAHLEN

Die SP unterstützt Urs Hofmann, Yvonne Feri und Robert Obrist

VERSCHIEDENE PARTEIEN STÜRZEN SICH AUF DEN LEER WERDENDEN SITZ DER GRÜNEN REGIERUNGSRÄTIN SUSANNE HOCHULI. DIE SP SETZT AUF EINE LINKS-GRÜNE WENDE UND UNTERSTÜTZT BEI DER WAHL VOM 23. OKTOBER NEBEN URS HOFMANN UND YVONNE FERİ AUCH DEN GRÜNEN AGRARINGENIEUR UND GROSSRAT ROBERT OBRIST. AM PARTEITAG VOM 20. SEPTEMBER WAR DIESE EMPFEHLUNG UNBESTRITTEN. DER ANTRAG DER JUSO, AUCH IHRE DREI KANDIDATINNEN DURCH DIE SP ZU UNTERSTÜTZEN, BLIEB ABER OHNE ERFOLG.

Nach der kurzfristigen Rücktrittserklärung von Susanne Hochuli Ende Juli 2016 wollte die SP den grünen Sitz nicht nach rechts verschenken und nominierte den kantonsweit geachteten Bisherigen Urs Hofmann und auch die Gemeinde- und Nationalrätin Yvonne Feri. Dass die Grünen mit Robert Obrist für die nach Hochulis Rücktritt frauenlose Regierung einen kompetenten Mann, aber eben keine Frau nominiert hatten, bestärkte die SP im Entschluss, eine Frau vorzuschlagen. Aber auch eine links-grüne Wende ist vorstellbar. So beschloss die Parteileitung der SP, dem ausserordentlichen Parteitag vom 20. September 2016 neben Urs Hofmann und Yvonne Feri auch Robert Obrist zur Unterstützung vorzuschlagen. Denn, so der Vorschlag: «Die SP Aargau will mithelfen, die Chancen auf eine Mitte-Links Mehrheit im Regierungsrat so gut zu erhöhen wie nur möglich. Dieses Ziel steht für uns über egoistischen und

parteitaktischen Überlegungen. Dafür braucht die Linke drei glaubwürdige Kandidaturen.» Die Grünen halten Gegenrecht und wollen neben ihrem eigenen und der Kandidatin der Grünliberalen auch die beiden SP-Kandidaturen auf ihr Ticket nehmen.

Zur Kandidatur der drei JUSO-Frauen Ariane Müller, Mia Gujer und Mia Jenni schreibt die Parteileitung: «Die SP Aargau nimmt darüber hinaus das ausserordentliche Engagement der JUSO mit Freude zur Kenntnis. Als einzige Jungpartei im Aargau verfügt die JUSO über eine namhafte politische Schlagkraft und einen klaren, inhaltlichen Anspruch. Das Anliegen, dass auch die Stimme der Jugend in der Regierung vertreten sein soll, teilt die SP Aargau voll und ganz. Klar ist hingegen auch, dass ein links-grüner Machtanspruch mit mehr als drei Wahlempfehlungen links der Mitte wenig glaubwürdig wäre. Schon gar nicht, wenn die Linke Anspruch auf alle



Katharina Kerr von Aarau
ist Redaktorin links.ag.

Sitze erheben würde. Die SP Aargau empfiehlt eine angemessene Berücksichtigung beider Aspekte bei der Wahl.» So beschloss denn auch der Parteitag einstimmig bei vier Enthaltungen, die gerne auch die JUSO empfohlen hätten, die JUSO-Kandidaturen nicht offiziell zu portieren.

AGENDA

- 11. und 25. Oktober 2016, 18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43
Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau
- 23. Oktober 2016, **Regierungsrats- und Grossratswahlen**
- 24. Oktober 2016, 14.30 Uhr, Kalkbreitestrasse 2, 8003 Zürich
Besuch der Genossenschaft Kalkbreite in Zürich mit 60+.
Anmeldungen bitte an das Parteisekretariat: sekretariat@sp-aargau.ch
- 29. Oktober 2016, 10–14 Uhr im Grossratsgebäude Aarau **Kommunalepolitische Tagung der SP Aargau zum Thema Gemeindewahlen 2017.**
- 8. November 2016, 13 Uhr, Bahnhofplatz Aarau, dann Marsch zum Grossratsgebäude, **Kundgebung gegen den Bildungsabbau**
- 15. November 2016, 19.30–21.30 Uhr im Unia-Sitzungszimmer im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43, **Parteirat**

ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 27. NOVEMBER 2016 PAROLEN DER SP AARGAU

BUND

- Volksinitiative vom 16. November 2012
«Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative):» JA

KANTON

- Änderung vom 13. September 2016 des Schulgesetzes (Abschaffung des Berufswahljahrs): NEIN
- Änderung vom 13. September 2016 des Steuergesetzes (StG) (Begrenzung Pendlerabzug auf Fr. 7000.–): JA
- Änderung vom 13. September 2016 des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung im Kanton Aargau (Ergänzungsleistungsgesetz Aargau, ELG-AG) (Anhebung des Vermögensverzehr bei Ergänzungsleistungen zur IV): Stimmfreigabe
- Änderung vom 13. September 2016 des Wassernutzungsgesetzes (WnG) (Anpassung Wassernutzungsgesetz – Gewässerrevitalisierungen): NEIN

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch,
www.sp-aargau.ch
Erscheint 8 Mal pro Jahr
Auflage links.ag 3066
Redaktion: Katharina Kerr,
katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe
12. September 2016
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
24. Oktober 2016
Erscheinen nächste Ausgabe
11. November 2016
An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Pascale Bruderer Wyss, Elisabeth Burgener Brogli, Dieter Egli, Marco Hardmeier, Urs Hofmann, Katharina Kerr, Kathrin Scholl, Gabriela Suter, Cédric Wermuth, Johannes Rüesch (Fotos S. 10/11).

caféCantonal



SAMSTAG, 15. OKT. 2016
10.00 BIS 12.00 UHR

STIFTUNG INTEGRA
(ALLMENDSTRASSE 4)

WOHLEN

MENU

TOUR D'HORIZON
DURCH DIE AARGAUER POLITIK
SERVIERT VON

REGIERUNGSRAT URS HOFMANN

DESSERT: FRAGEN DER BEVÖLKERUNG

Alle sind zum CaféCantonal und zum anschliessenden Apéro eingeladen.

